

Antrag

Initiator*innen: LAG Frauenpolitik und Feminismus (dort beschlossen am: 06.03.2025)

Titel: Equal Cash - für finanzielle Gleichberechtigung

Antragstext

1 Der Gender Pay Gap betrug 2024 in Deutschland 16 Prozent und liegt damit
2 europaweit noch immer
3 auf einem sehr hohen Niveau. Grundsätzlich stellen wir jedoch fest, dass der
4 Gender Pay Gap ganz
5 langsam kleiner wird.
6 Um diesen Prozess zu beschleunigen und Frauen in der Realität mehr finanzielle
7 Freiheiten zu geben
8 sprechen wir uns für die folgenden Punkte aus:

- 9 - Abschaffung des Ehegattensplittings für Neuehen.
- 10 - Einführung der Errungenschaftsgemeinschaft
- 11 - Zulassung von parallelen Elternzeitmonaten nur direkt nach der Geburt.
- 12 - Finanzielle Bildung an Schulen

Begründung:

14 Abschaffung des Ehegattensplittings für alle Neuehen und eine Wahl des
15 Steuermodells für
16 Bestandesehen zwischen Individualbesteuerung und Splittingmodell. Das
17 Ehegattensplitting ist ein
18 veraltetes Instrument, das allein die klassische Ehe steuerlich begünstigt und

19 starke Anreize setzt, dass ein
20 Ehepartner (in der Realität meistens die Ehefrau) sehr viel weniger arbeitet und
21 verdient als der
22 andere. Weniger Nettoeinkommen führt zu weniger Elterngeld und Arbeitslosengeld,
23 denn diese
24 berechnen sich nach dem Nettoeinkommen. Und es führt auch dazu, dass Frauen
25 weniger Geld zu
26 ihrer Verfügung haben, zumindest, wenn sie im Zugewinnmodell verheiratet sind.

27 Darum fordern wir die Möglichkeit bei einer Eheschließung die Wahl zu haben
28 zwischen der jetzigen Zugewinn- gemeinschaft und der
29 Errungenschaftsgemeinschaft. Bei der Zugewinngemeinschaft bleiben
30 die Besitzverhältnisse während der Ehe wie zuvor. Lediglich bei einer Scheidung
31 werden die Güter, die
32 das Paar im Laufe der Ehe hinzugewonnen hat, 50:50 aufgeteilt. Bei der Zugewinn-
33 gemeinschaft ist
34 dieses ab dem Tag der Eheschließung der Fall. Der Person mit dem niedrigeren
35 Einkommen oder
36 keinem Einkommen steht also die Hälfte des Gesamteinkommens zur Verfügung.
37 Derzeit wird durch
38 die Zugewinngemeinschaft eine patriarchale Machtstruktur in Ehen begünstigt.

39 Ebenfalls eine nichtparitätische Verteilung der Carearbeit unterstützt die
40 Möglichkeit, dass beide
41 Eltern gleichzeitig Elternzeit nehmen, Die umgangssprachlich Vätermomente
42 genannten 2 Monate
43 werden in der Realität sehr oft für einen gemeinsamen Urlaub genutzt. Das führt
44 dann natürlich nicht
45 dazu, dass eine paritätische Elternschaft im Alltag entsteht. Die Verkürzung auf
46 einen Monat seit April
47 2024 löst das Problem nicht wirklich auf.

48 Finanzielle Bildung ist ein wichtiger Grundpfeiler für ein selbstbestimmtes
49 Leben und sollte nicht vom
50 Elternhaus abhängen. Schulen können dazu beitragen hier gerechtere Bedingungen
51 zu schaffen, von
52 denen besonders Mädchen, aber auch junge Menschen insgesamt profitieren würden.
53 Gerade
54 finanzielle Fragestellungen in Bezug auf Ehe, Elternschaft oder Alterssicherung
55 sind hier von
56 Bedeutung. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung zielt mit der
57 Initiative „Finanzielle
58 Bildung“ auf eine dauerhafte Stärkung der finanziellen Bildung in Deutschland.

59 Wir sehen das auch
60 als eine Aufgabe der Schulen und fordern dazu ein Programm ähnlich dem „School
61 meets Finance“,
62 dass derzeit in Hamburg erstellt wird.

Antrag in leichter oder einfacher Sprache

Im Jahr 2024 verdienen Frauen in Deutschland 16 Prozent weniger als Männer. Das ist immer noch sehr viel und gehört in Europa zu den höchsten Werten. Aber der Unterschied wird langsam kleiner.

Wir möchten, dass sich das schneller ändert und Frauen mehr Geld haben. Deshalb schlagen wir vor:

- Das Ehegattensplitting für neue Ehen abschaffen.
- Die Errungenschaftsgemeinschaft einführen.
- Elternzeit nur direkt nach der Geburt für beide Elternteile ermöglichen.
- Finanzwissen in Schulen unterrichten.

Unterstützer*innen

Carina Hennecke (KV Rendsburg-Eckernförde), Melissa Sieber (KV Schleswig-Flensburg), Daan Steinebach (KV Schleswig-Flensburg), Lorenz Mayer (KV Segeberg), Conny Clausen (KV Flensburg), Uta Bergfeld (KV Schleswig-Flensburg), Claudia Linker (KV Flensburg), Zoé Engel (KV Lübeck), Dieter Dluzewski (KV Dithmarschen)